

10 Jahre nach der Krise

Fragen & Antworten aus der Feministischen Ökonomie

Romana Brait, Pia Kranawetter, Miriam Rehm, Christa Schlager

Einleitung

Die Finanzkrise 2008 strafte das neoliberale Paradigma vom krisenfreien Kapitalismus Lügen. Damals wurde der Höhenflug der Finanzmärkte durch eine Bruchlandung beendet, deren realwirtschaftliche Folgen bis heute sichtbar sind. In Anbetracht der Krise verschärfte sich die Brisanz feministischer Kritik am neoliberalen Wirtschaftssystem.

Die Rezeption der Krise in der feministischen Ökonomie steht auf breiter Basis und umfasst unterschiedliche Themenbereiche, Perspektiven und Methoden. Dies bedeutet, dass Ökonomie transdisziplinär verhandelt wird, indem nicht nur Ökonom_innen über Ökonomie sprechen, sondern unter anderem politikwissenschaftliche, soziologische und ethnologische Erkenntnisse in die Analysen und Theorien miteinfließen. Dabei wird in der feministischen Ökonomie nicht nur auf die Problematik der Herrschaftsallianz aus Patriachat und Finanzkapitalismus hingewiesen, sondern auch Vorschläge für die Transformation der Ökonomie geboten, in deren Zentrum die Erwirtschaftung von Wohlstand für breite Teile der Gesellschaft steht.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise gibt dieser Artikel eine kurze Rückschau auf Analysen, Diskussionen und Vorschläge aus der feministischen Ökonomie. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit umreißen wir im Folgenden vier Debatten aus der feministischen Ökonomie zur Wirtschafts- und Finanzkrise: Erstens zur Dominanz von Männern auf den Finanzmärkten, zweitens zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Austeritätspolitik, drittens zur ökonomischen Disziplin selbst und viertens über das strategische Verschweigen der unbezahlt geleisteten Arbeit sowie die Notwendigkeit und Möglichkeiten ökonomischer Transformation unter Berücksichtigung der Sorge- und Versorgungsarbeit.

Trümmerfrauen für die Finanzmärkte?

Bis heute wird die Finanzindustrie von Männern dominiert. Obwohl über die Hälfte der Beschäftigten in Finanzunternehmen Frauen sind, wird die Führungsebene noch stärker als in der Gesamtwirtschaft von Männern besetzt. Im internationalen Durchschnitt sind lediglich 8 % der Vorstandsvorsitzenden (CEOs) von Banken Frauen, Österreich liegt mit 4 % nochmal deutlich darunter (Wieser 2017). Als 2008 die Finanzkrise fast die gesamte Weltwirtschaft in die Rezession riss, wurde das Geschlechterungleichgewicht in den Finanzmärkten verstärkt in medialen Debatten thematisiert. „Lehmann Sisters hätten uns diese Krise erspart“, erklärte etwa Mary Iskenderian, Chefin der Women's World Bank. Aus feministischer Perspektive stellt sich jedoch die Frage, ob mehr Frauen in der Füh-

rungsschicht der Finanzwirtschaft tatsächlich ausreichen, um das Finanzsystem auf nachhaltigere und gerechtere Beine zu stellen und damit die Krisenanfälligkeit zumindest zu schmälern?

Die politische und wissenschaftliche Debatte reduzierte die Ursachenanalyse zumeist auf individuelles Verhalten und perpetuierte stereotype Geschlechterzuschreibungen von risikofreudigen, kämpferischen und egoistischen Männern auf der einen Seite und risikoaversen, sozialen und nachhaltig agierenden Frauen auf der anderen Seite. Die feministische Ökonomin Julie A. Nelson wies dagegen darauf hin, dass die wissenschaftliche Evidenz für geschlechterspezifisches Risikoverhalten durchwachsen ist (Nelson 2016). Nichtsdestotrotz beschränkten sich die debattierten Lösungsansätze großteils auf Frauen als Retterinnen eines von männlicher Gier getriebenen Casinokapitalismus (Sauer 2010; Prügl 2016). Wirtschaftspolitisch reagierte in den USA die Obama Administration mit der Bestellung von Janet Yellen zur Präsidentin der FED, was medial als „Triumph des Feminismus“ gefeiert wurde. Eine Analyse der strukturellen Bedingungen von Finanzmärkten und ihren Auswirkungen auf menschliches Denken und Handeln kam in der Debatte praktisch nicht vor. Weitreichende Reformen des Finanzsektors blieben sowohl in den USA wie auch in Europa aus.

Ethnographische Untersuchungen zeigen, wie Denkmuster, Werte und Praktiken im Finanzsektor strukturell reproduziert werden, die letztendlich zur Marginalisierung von Frauen in relevanten Positionen führen. Dank spezieller Kommunikation zur schnellen Weiterleitung von Informationsflüssen und einer relativ hohen Mobilität der Beschäftigten sind Finanzzentren international stark vernetzt (Neckel et al. 2018). Dies ermöglicht die Herausbildung einer globalen Finanzklasse, in deren Zentrum jene stehen, deren berufliche Tätigkeiten direkt in das Marktgeschehen eingreifen und die ihr Einkommen aus den Renditen an den Finanzmärkten beziehen. Dazu zählen etwa Investmentbanker, Börsenhändler oder Finanzanalysten (Neckel et al. 2018). Während Frauen in Finanzunternehmen vor allem in den – weniger lukrativen – Back Office Abteilungen (Administration, Personalabteilungen, Buchhaltung, Marketing, etc.) zu finden sind, ist die männliche Dominanz in den Front Office Abteilungen am höchsten. In Finanzinstitutionen sind die Geschlechterverhältnisse daher nicht nur entlang vertikaler Hierarchien organisiert, sondern auch horizontal verzerrt: Neben der gläsernen Decke existiert für Frauen auch eine „gläserne Wand“, die sie in die peripheren Sphären der Finanzindustrie drängt (Wieser 2017; Neckel et al. 2018).

Ein wesentlicher Faktor für diese Verdrängungsmechanismen ist eine spezifische Kultur der Männlichkeit in der Finanzindustrie. Konkurrenz und Wettbewerb um Investoren führen zu immer höheren Renditeversprechen, die häufig auf Kosten von Beschäftigten und langfristiger Produktivität in den jeweiligen Unternehmen eingelöst werden (Stückler 2011). In diesem Umfeld werden aggressive und kompetitive Verhaltensformen belohnt und agonale Männlichkeitsbilder von „Kriegern“, „Soldaten“ oder „Haien“ erzeugt. In der Finanzbranche herrschen folglich „[...] [r]aue Umgangsformen, eine sexistische Sprache sowie aggressive Statusspiele am Arbeitsplatz [...]“ (Neckel et al. 2018, 151). So berichten Frauen in der Finanzindustrie von teils unverhohlener Frauenfeindlichkeit am Arbeitsplatz und der Kultur eines für sie unzugänglichen „Boys' Club“ (Neckel et al. 2018, 151).

Ein zweiter wichtiger Faktor sind exzessive Arbeitszeiten und ständige Verfügbarkeit, die für Frauen, angesichts bestehender Ungleichverteilung von Versorgungs- und Fürsorgearbeit, oft eine hohe Hürde darstellt. Hinzu kommt die Notwendigkeit der Netzwerkpfege für ein längerfristiges Bestehen und Vorankommen in der Finanzbranche.

Sozioökonomisch betrachtet ist die Finanzindustrie von relativ homogenen Netzwerken geprägt. Oft erfolgt bereits die Rekrutierung in die Finanzbranche vor dem Hintergrund gemeinsamer Interessen, Hintergründe und Ideologien. Eine Rolle spielt dabei auch die Zurschaustellung ähnlicher Konsummuster wie Maßanzüge, Designerschuhe, teure Uhren oder Autos, etc. – also Produkte, die zum überwiegenden Teil auf Männerinteressen abstellen (Ho 2009; Neckel et al. 2018).

Wenn Frauen in der Finanzindustrie erfolgreich reüssieren wollen, müssen sie sich den dort herrschenden Prinzipien und Verhaltensnormen unterordnen. Aus Sicht der Gleichberechtigung sollten Frauen gleichermaßen in entscheidenden Funktionen in der Finanzbranche vertreten sein. Allerdings erscheint es unrealistisch, dass ein Mehr an Frauen in Führungspositionen automatisch zu gravierenden Änderungen im Finanzsektor führen wird (Young/Schuberth 2010; Stückler 2011). Vielmehr braucht es eine grundlegend andere Ordnung des Finanzsystems.

Aus feministischer Perspektive stellt sich die Frage, wie ein Finanzsystem beschaffen sein muss, das sinnvolle Innovationen mit Finanzmitteln ausstattet und langfristige Perspektiven der Wohlstandssteigerung für die breite Mehrheit der Gesellschaft verfolgt. Letztlich ist eine Unterordnung der Finanzindustrie unter andere Ziele des Wirtschaftens eine Machtfrage. Wie im letzten Abschnitt dieses Beitrags gezeigt wird, braucht es anstatt kurzfristiger Renditeverwertung einen breiten Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung, indem der Beitrag der unbezahlten Arbeit zur gesellschaftlichen Wohlfahrt inkludiert wird.

Von der „He-Cession“ zur „She-Austerity“

Während die Finanz- und Wirtschaftskrise in den USA und in Großbritannien mit expansiver Geld- und Fiskalpolitik beantwortet wurde, setzte Kontinentaleuropa nach einer kurzen Phase expansiver Fiskalpolitik zu Beginn der Krise ab 2010/11 eine rigorose Austeritätspolitik um, die zur sogenannten „double dip recession“ führte. Der starke Wirtschaftseinbruch und die darauffolgenden ökonomisch schädlichen Kürzungsprogramme zogen nicht nur dramatische soziale und wirtschaftliche Folgen nach sich, sondern beeinflussten auch die Geschlechterverhältnisse. Doch wer war von den negativen Folgen in welchem Ausmaß betroffen? Waren es vor allem Männer, weil in männerdominierten Branchen die Arbeitslosigkeit anstieg oder doch eher Frauen, weil sich ihre ökonomisch prekäre Situation weiter verschlechterte und sie noch mehr Reproduktionsarbeit leisten mussten?

Zu Beginn der Krise stieg vor allem die Arbeitslosigkeit von Männern stark an. Denn der Wirtschaftseinbruch traf insbesondere die Baubranche, Teile der Finanzbranche sowie den exportorientierten Bereich – und damit Männerdomänen. In der EU lag die Arbeitslosenrate von Frauen vor der Krise über jener der Männer. In den Krisenjahren stieg die Arbeitslosigkeit von beiden Geschlechtern an, wobei jene der Männer einen so kräftigen Anstieg erfuhr, dass sie 2009 die Arbeitslosenrate der Frauen überholte (Eurostat 2018a). Um zu unterstreichen, dass vor allem Männer in dieser ersten Phase der Krise in Bezug auf deren Beschäftigungs- und Einkommenssituation relativ stärker betroffen waren, wurde von einer „He-Cession“ gesprochen.

Die Reaktion auf den drastischen Wirtschaftseinbruch 2008 war ein kurzes Wiederaufleben keynesianischer Wirtschaftspolitik durch staatliche Intervention. Allerdings wurden bereits ab 2010/11 weitreichende Kürzungsprogramme in Europa durchgesetzt, die nicht

nur kurzfristig, sondern auch langfristig Auswirkungen auf die Gleichstellung hatten. Im Zuge der Krisenbekämpfung wurde zudem die wirtschaftspolitische Steuerung umfassend umgebaut und entdemokratisiert. Die New Economic Governance bekam zwar öffentlich wenig Aufmerksamkeit, kann aber als „stille neoliberale Revolution“ bezeichnet werden (Klatzer/Schlager 2011). Demokratisch legitimierte nationale Parlamente, in denen sich Frauen in den letzten Jahrzehnten mühsam Terrain erkämpft hatten, wurden entmachtet und die Entscheidungsmacht im Rahmen von regelgebundenen, bürokratiegeleiteten Verfahren in ausgewählte, männerdominierte EU-Institutionen gelegt. Folglich fand eine „Konstitutionalisierung“ geschlechterpolitischer Blindheit statt (Klatzer/Schlager 2012).

Feministische Ökonom_innen beschäftigen sich bereits seit Langem mit den Folgen der Austerität auf die Geschlechterverhältnisse. So hat Diane Elson im Zuge der Asienkrise 1997/98 auf ein „downloading of risks to the kitchen“ hingewiesen (Elson 2002). Folgende Zusammenhänge zwischen Austerität, Gender und Gleichstellung unterstrich die feministische Ökonomie im Zuge der europäischen Austeritätspolitik: Erstens sind Frauen überdurchschnittlich oft im öffentlichen Sektor in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung beschäftigt. Durch Kürzungen verlieren sie damit häufiger ihre Beschäftigung und ihr Einkommen. Gleichzeitig nehmen Frauen öffentliche Leistungen besonders häufig in Anspruch, etwa weil sie auf Betreuungsangebote angewiesen sind, um einer Beschäftigung nachgehen zu können. Fallen diese öffentlichen Leistungen weg, geht ein wesentlicher Einkommensbestandteil verloren. Fraueneinkommen verringern sich also nicht nur durch den Beschäftigungsverlust, sondern zweitens auch durch die Reduzierung der öffentlichen Angebote und Transfers. Drittens hat dies Auswirkungen auf die vor allem von Frauen geleistete unbezahlte Care-Arbeit. Denn die Kürzungen öffentlicher Leistungen gehen mit der Ausweitung der unbezahlten Sorgearbeit einher (Elson 2017). Deswegen können die Zweitrundeneffekte der Krise als „She-Austerity“ bezeichnet werden. Karamessini (2014) sieht nicht nur ökonomische Folgen durch die Austerität, sondern weist auch auf einer Änderung der sozialen Normen hin: „(...) austerity undermines women's progress towards equality in paid work and economic independence and may provoke an ideological backlash favouring a return to traditional gender roles and backward looking gender contracts.“

Ein Strang der feministischen Ökonomie legt den Fokus auf die negativen Effekte der Austerität für die Frauenbeschäftigung am Arbeitsmarkt (Karamessini/Rubery 2014; Smith/Villa 2014). Das sind wichtige Beiträge, um die Ungleichheiten bei der bezahlten Beschäftigung zu thematisieren. Darüber hinaus ist es aber notwendig, den Zusammenhang zwischen Fiskalpolitik, unbezahlter Arbeit und der Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt aufzuzeigen und den privaten Bereich der Sorgearbeit miteinzubeziehen, um die Auswirkungen der Austerität auf die Gleichstellung umfassend darzustellen (Vertova 2017). Die empirische Untersuchung des Bereichs der unbezahlten Sorgearbeit ist dabei häufig mit mangelnder Datenverfügbarkeit konfrontiert. So gibt es für die EU-Mitgliedstaaten bislang keine Verpflichtung zur Durchführung von Zeitverwendungserhebungen (Eurostat 2018b).

Die feministische Ökonomie zeigt auch Alternativen zur Austerität durch eine geschlechtergerechte makroökonomische Ausrichtung auf, die die unbezahlte Arbeit miteinbezieht (Elson 2017). Eine „Purple Economy“ setzt auf eine umfassende ökonomische Gleichstellung der Geschlechter. Der unbezahlten Arbeit soll ein Wert zugemessen werden und Sorgearbeit ebenso berücksichtigt werden wie Produktion oder Konsum. Dafür sind soziale Investitionen notwendig, die zu einer bezahlten Beschäftigung im Care-Sek-

tor führen und starke positive Nachfrageeffekte nach sich ziehen (Ilkcaracan 2017). Zudem ist das Ziel einer Purple Economy, dass sich das männliche Alleinverdienermodell zu einem Zweiverdiener_innen und Zweisorger_innen Modell wandelt. Weitere Vorschläge werden im letzten Teil diskutiert, zunächst stellt sich aber die Frage, wer die Krisenanalyse bzw. Vorschläge der feministischen Ökonomie innerhalb der Ökonomie an den Universitäten voranbringen kann.

Frauen in der Mainstream-Ökonomie seit der Krise

Dieser Abschnitt stellt sich daher die Frage, was sich in der Mainstream-Ökonomie seit der Krise getan hat, sowohl in Bezug auf Inhalte, als auch in Bezug auf die Position von Frauen an den Universitäten und im Wissenschaftsbetrieb. Inhaltlich hat in der Mainstream-Ökonomie nach der Krise bei einigen Themen ein gewisses Umdenken eingesetzt – vor allem in den USA, die im akademischen Bereich weitgehend tonangebend sind. In der Fiskalpolitik (Stichwort Staatsausgaben und Wachstum), bei den Staatsschulden (60 % Wachstumskliff), in der Geldpolitik (Quantitative Easing) und in der Ungleichheitsforschung hat sich durchaus etwas getan. Zumindest in den USA, denn in Europa und vor allem im deutschsprachigen Raum hat sich die Ökonomie seit der Krise deutlich weniger geändert.

Das Genderthema ist allerdings eine eklatante Ausnahme. Die Mainstream-Ökonomie hat praktisch keine inhaltlichen Einsichten der feministischen Ökonomie aufgenommen, und auch in Bezug auf Frauen in der Ökonomie hatte sich die allgemein akzeptierte Erzählung nicht grundlegend geändert. Dabei zeigen die Daten, dass in Bezug auf Frauen in der (nicht nur in der Mainstream-) Ökonomie stark unterrepräsentiert sind: Wie der Report des Frauenausschusses der American Economic Association (AEA) zeigt, hat es zwar im Vergleich zu den 1970ern tatsächlich einen Fortschritt gegeben, was die Zahl der Frauen in Ökonomie-Doktoratsprogrammen und auf diversen Professor_innen-Stellen angeht (CSWEP 2017). Seit 2000 stagniert allerdings ihr Anteil an den Studierenden und seit 2005 der Anteil der Frauen an Assistenzprofessor_innen, dem ersten Schritt der Karriereleiter. Das deutet auf gravierende Nachwuchsprobleme hin. Auf den höheren Rängen scheint der Aufstieg noch zu funktionieren, allerdings auf einem erschreckend niedrigen Niveau: Nur ein Viertel aller außerordentlichen und weniger als ein Siebtel aller ordentlichen Professor_innen sind Frauen. Die Ökonomie ist damit das abgeschlagene Schlusslicht in den Sozialwissenschaften, was die Gendersegregation der Studierenden angeht, und liegt hinter anderen, ebenfalls mathematisch-lastigen Disziplinen (Bayer/Rouse 2016).

Diese Daten sind bekannt und lösten kaum Selbstanalysen innerhalb der Ökonomie aus. Zumindest die Diskussion um Frauen in der Ökonomie änderte sich allerdings schlagartig, als die Bachelorstudentin Alice Wu ein Paper über die Online-Plattform „Economics Job Market Rumors“ (<https://www.econjobrumors.com/>) präsentierte. Diese Plattform ist einer der zentralen Tummelplätze angehender Ökonom_innen, auf der anonym und offensichtlich schwach moderiert Gerüchte und Tipps ausgetauscht, Publikationen diskutiert und allgemeine Überlegungen veröffentlicht werden. Der Umgangston ist zwar in vielen Fällen zivilisiert, oft aber nicht nur rau, sondern arrogant bis aggressiv. Wu untersucht in ihrem Paper mittels eines Algorithmus, welche häufig verwendeten Wörter im EJMR mit einer besonders hohen Wahrscheinlichkeit vorhersagen, ob sich ein Post auf eine Frau oder einen Mann bezieht. Bei Frauen beziehen sich diese Wörter besonders auf

das Aussehen, die persönliche und familiäre Situation, das Geschlecht und Sexismus, wie z. B. „hot“. Bei Männern dagegen haben professionelle Termini eine hohe Vorhersagekraft, wie „chapters“ und „macroeconomics“, und Wörter wie „adviser“ oder „supervisor“ tauchen besonders häufig auf. Insbesondere lenkte Wu das Augenmerk der Ökonomie auf strukturelle Faktoren. Dieses Paper löste eine breite Diskussion aus.

Das Ergebnis war eine Petition an die AEA, eine eigene Job-Seite einzurichten, die vor allem von progressiven Institutionen unterstützt wurde und die 1.000 Ökonom_innen unterschrieben. Die AEA richtete daraufhin ein Komitee ein, das einen Verhaltenskodex erarbeitete, der jedoch hauptsächlich aus unverbindlichen Absichtserklärungen besteht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen umfassen etwa die Evaluierung von Mentoring-Programmen, „größere Aufmerksamkeit“ für die Reports der Frauen- und Minderheiten-Ausschüsse der AEA und Trainings für Journal-Editor_innen. Allerdings hatte schon die Zusammensetzung des fünfköpfigen Komitees der AEA wenig Hoffnung aufkeimen lassen. Keiner der drei Männer hat zum Thema Gender publiziert. Eine der beiden Frauen, Pascaline Dupas, publiziert fast ausschließlich zu randomized control trials (RCTs) in Entwicklungsländern.

Blieb Marianne Bertrand, eine Vertreterin der Mainstream-Genderökonomie, die – überspitzt formuliert – „Frau-Sein“ als Kontrollvariable in ihrer Publikationsstrategie verwendet. Mit einer Analyse struktureller Faktoren und Institutionen hat das meist wenig zu tun. Diese Ökonom_innen zitieren Feministische Ökonom_innen (etwa der International Association for Feminist Economics, IAFFE) nicht, und rezipieren auch nicht deren Analysen – zum Beispiel ihre Kritik am androzentrischen ökonomischen Modell, den Hinweis auf unsichtbare unbezahlte Arbeit und vieles mehr.

Auf der institutionellen Ebene hat sich die Situation an der AEA seither eher noch verschlimmert, trotz des Vorsitzes der oben erwähnten Janet Yellen seit Mai 2018. Ein Harvard-Professor, gegen den Ermittlungen wegen sexueller Belästigung laufen, wurde auf Vorschlag des Nominierungsgremiums, dem Marianne Bertrand angehört, für das Executive Committee 2019 gewählt. Auf Twitter kommentierte das Pascaline Dupas so¹: „Very sad to have to write this, but the fact that AEA members chose to put someone accused of verbal sexual harassment in a powerful post does not bode well for the profession, let alone for the AEA’s recent commitment to a code of professional conduct.“

Es bestehen somit berechtigte Zweifel, dass sich in der Mainstream-Ökonomie seit der Krise viel getan hat; inhaltlich gab es noch weniger Weiterentwicklung. Aber auch in anderen heterodoxen Strömungen, wie dem Post-Keynesianismus, dem Marxismus oder der Institutionellen Ökonomie ist – gelinde gesagt – bei der Öffnung gegenüber Themen und Zugängen der feministischen Ökonomie nicht viel fortgeschritten. Die feministische Krisenanalyse, die Augenmerk auf den Zusammenhang von Krisen, ihrer Bewältigung und unbezahlter bzw. unsichtbarer Arbeit legt, wurde von diesen Strömungen nicht oder nur vereinzelt aufgegriffen.

Offen ist somit die Frage, warum die Erklärungen der feministischen Ökonomie nicht stärker durchgedrungen sind. Die Wu-Episode ist nur ein Indiz dafür, dass immerhin die me-too Debatte an der Ökonomie nicht spurlos vorübergegangen ist. Wie bei der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Ökonomie aber sowohl in inhaltlichen als auch in personellen Fragen ihre Selbsterhaltungs- und ihre Kritikabwehrfähigkeit unter Beweis gestellt. Auch den Frauen ist es zumindest bisher nicht gelungen, den Mainstream ins Wanken zu bringen. Dabei hat die feministische Ökonomie wertvolle Kritik und Antworten parat, wie der nächste Abschnitt zeigt.

Die Krise der sozialen Reproduktion und die Transformation der Ökonomie

Das Ausblenden der sozialen Reproduktion als Teil des ökonomischen Systems sieht die feministische Ökonomie als Bestandteil einer multiplen Krise des Kapitalismus, und kritisiert dies auch im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. So wird eine Finanzkrise von den Entscheidungsträger_innen als erfolgreich bewältigt gesehen, wenn die Liquidität und Stabilität im Finanzsystem wiederhergestellt ist, wenn sich Staaten wieder über den Finanzmarkt refinanzieren können und die Wirtschaft wächst. Was wird dabei übersehen?

Obwohl die Aufrechterhaltung und Organisation des Alltags für Menschen, die von Wirtschafts- und Finanzkrisen betroffen sind, die Hauptsorge der Menschen ist, steht diese nicht im Zentrum wirtschaftlicher Überlegungen. Über Suppenküchen in südlichen Krisenländern Europas, den Anstieg der Hausarbeit im Zuge der Krise durch Geldmangel, erhöhten Betreuungs- und Pflegebedarf durch Kürzungen von Sozial- und Gesundheitsleistungen gibt es einige Forschungsarbeiten, jedoch keine öffentlichen Statistiken oder Monitorings, wie es im Finanzsektor oder beim Wirtschaftswachstum üblich ist. Auch wird nicht thematisiert, dass die unbezahlte Arbeit überwiegend von Frauen geleistet wird. Hier wird ein „herrschaftlicher“ Umgang mit der Krise sichtbar (Bargetz 2015). Da in der ökonomischen Theorie wie auch in der Wirtschaftspolitik allgemein die Sorge- und Versorgungsarbeit ausgeblendet bleiben bzw. bewusst verschwiegen werden (Bakker 1994), konstatiert Michalitsch (2012), dass von den Geschlechterverhältnissen ausgehend sich auch in der Krise ein hohes Ausmaß neoliberaler Kontinuität zeigt.

„Neoliberalism has produced multiple crises, in different parts of the world, and this global crisis has moved from the periphery to the centre and is now hitting Europe [...]“, betont eine Deklaration der IAFFE Konferenz in Barcelona 2012 ebenfalls diesen Umstand. Die Resolution kritisiert zudem die herrschenden Bewältigungsstrategien: „[...] We reject the economic strategies that continue to skew income and wealth distribution in favour of finance and large capital while depriving people of necessary care and the means for a sustainable life. We reject an economic system that exploits women’s unpaid care work to keep the economic system going, relying on them to absorb the dramatic costs of the crisis.“ (in Bjørnholt/McKay 2014)

Die Sorge- und Versorgungsarbeit bildet einen Puffer um die Krisenfolgen zu kompensieren bzw. abzumildern. Dadurch, dass der Kapitalverwertung Vorrang vor der Existenzsicherung eingeräumt wird, entstehe „strukturelle Sorglosigkeit“ (Aulenbacher et al. 2015). Diese skandalöse Ökonomie – „Scandalous Economics“ (Hozic/True 2016) – zerstöre ihre eigenen Lebensgrundlagen in ökologischer und sozialer Hinsicht.

Die Ansprüche an Veränderung der Ökonomie sind deshalb auch grundlegender Natur: Claudia Wichterich (2015) plädiert für das Livelihood (Sorge um die Lebensgrundlagen) Konzept und für buen vivir – das gute Leben (für alle), ein in Lateinamerika entwickeltes Konzept, das im Zuge der Krise als Systemalternative verstärkt in Europa Verbreitung fand. Sie argumentiert damit für eine sozioökologische Transformation, die den Widerstand gegen die Ökonomisierung alles Lebendigen mit demokratischen und solidarischen Handlungsalternativen verbindet.

Dem schließt sich Adelheid Biesecker (2014) mit dem Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens an. Der Blick soll zudem verbreitert werden; so kommen „das Ganze der Ökonomie“ (Markt- und Sorge/Care-Ökonomie) und „das Ganze der Arbeit“ (Erwerbs-, Sorge-, Subsistenz-, Eigenarbeit und bürgerschaftliches Engagement) in den Blick.

Die soziale Reproduktion sollte kollektiv organisiert werden, es brauche neue Formen und eine neue Arbeitsteilung, damit die Care-Arbeit nicht mehr individualisiert in Haushalten vorwiegend den Frauen aufgebürdet wird, vertritt Silvia Federici (2011). Sie verknüpft die Forderung nach Gemeingütern (Commons) und kollektivem Wirtschaftens mit den Anliegen der Care-Arbeit. Bezug genommen wird auch auf Elinor Ostrom, die einzige weibliche Nobelpreisträgerin, für ihre Arbeiten zu den Gemeingütern, ebenfalls mit dem Anspruch, dass sich Wirtschaften anders, d. h. kooperativer, demokratischer und sozialökologischer organisieren lässt (Bjørnholt/McKay 2014).

Auch die 4-in-1-Perspektive (die vier Bereiche Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, politische Arbeit und individuelle Entwicklung werden je 4 Stunden pro Tag ausgeübt und als gleichwertig angesehen) von Frigga Haug (2011) erlebte mit der Krise eine lebhaftere Rezeption.

Eine zentrale Frage ist überhaupt die Neufassung des und der Umgang mit dem Arbeitsbegriff: So sieht Mascha Madörin (2014) einen der zentralen großen Umbrüche bei den Entwicklungen in der bezahlten und unbezahlten Care-Ökonomie und der damit verbundenen ökonomischen Dynamik. Es brauche eine Diskussion, weil sich die Care Arbeit grundsätzlich von der Güterproduktion unterscheide. Dem schließt sich Nancy Fraser (2016) an, und fordert ein Neudenken der „production-reproduction distinction“ gemeinsam mit einem „reimagining the gender order“.

Die gewählte Flughöhe mag bei den genannten Ansätzen für ein anderes Wirtschaften und Leben verschieden sein – diese Aufzählung ist natürlich unvollständig – gemeinsam ist ihnen der herrschaftskritische Anspruch und der Wunsch nach einer veränderten, menschenzentrierten Ökonomie, die die soziale Reproduktion mit in den Blick nimmt und ökologisch und sozial verträgliche Lösungen gegenüber einer Profit- und Verwertungslogik bevorzugt. Der Wert und der Umgang mit sozialer Reproduktions- bzw. unbezahlter Arbeit ist und bleibt ein „Dauerbrenner“ der feministischen Ökonomie (Haidinger/Knittler 2016: 14). Und zwar im, vor und nach dem Kapitalismus (ebd.: 123).

Anmerkung

1) <https://twitter.com/DupasPascaline/status/1047981853704052737>

Literatur

- Aulenbacher, Brigitte/Bachinger, Almut/Décieux, Fabienne (2015): Gelebte Sorglosigkeit? In: Kurswechsel 1/2015, 6–14. <http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/6-14.pdf>, 12. 11. 2018.
- Bakker, Isabella (1994): *The strategic silence*. Gender and Economic Policy, London: Zed Books.
- Bargetz, Brigitte (2015): Krise(n): Ausgangspunkt für eine kritische politische Theorie des Alltags, In: Kurswechsel 1/2015: 15–23. <http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/15-23.pdf>, 12. 11. 2018.
- Bayer, Amanda/Rouse, Cecilia Elena (2016): Diversity in the Economics Profession: A New Attack on an Old Problem. In: *Journal of Economic Perspectives* 30(4), 221–242.
- Bjørnholt, Margunn/McKay, Ailsa (2014): Advances in Feminist Economics in Times of Economic Crisis. <http://www.margunnbjornholt.no/wp-content/uploads/2014/2014/Advances-in-Feminist-Economics-in-Times-of-Economic-Crisis.pdf>, 9. 11. 2018.

- Biesecker, Adelheid (2014): Die ganze Arbeit im Blick. Gutes Leben braucht Vorsorgen. In: Kurswechsel 2/2014: 60–66. <http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/Adelheid-Biesecker.pdf>, 12. 11. 2018.
- CSWEP (Committee on the Status of Women in the Economics Profession) (2017): The 2016 Report on the Status of Women in the Economics Profession. <https://www.aeaweb.org/content/file?id=3643>, 9. 11. 2018.
- Elson, Diane (2002): International Financial Architecture: A view from the kitchen. <https://economicsofcrisis.typepad.com/readings/elson.pdf>, 9. 11. 2018.
- Elson, Diane (2017): A Gender-equitable Macroeconomic Framework for Europe. In: Bargawi, Hannah/Cozzi, Giovanni/Himmelweit, Susan (Hg.): Economics and Austerity in Europe. New York: Routledge, 15–26.
- Eurostat (2018a): EU Labour Force Survey: Arbeitslosendaten nach Geschlecht und Alter – Jahresdurchschnitte, Aktualisierung 31. 10. 2018.
- Eurostat (2018b): HETUS Metadata. https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/en/tus_esms.htm, 9. 11. 2018.
- Federici, Silvia (2011): Feminism and the Politics of the Commons. <http://www.commoner.org.uk/wp-content/uploads/2011/01/federici-feminism-and-the-politics-of-commons.pdf>, 9. 11. 2018.
- Fraser, Nancy (2016): Contradictions of Capital and Care. <https://newleftreview.org/II/100/nancy-fraser-contradictions-of-capital-and-care>, 9. 11. 2018.
- Haidinger, Bettina/Knittler, Käthe (2016): Feministische Ökonomie – Intro. Wien: Mandelbaum.
- Haugg, Friga (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive: Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument Verlag mit Ariadne.
- Ho, Karen (2009): Liquidated. An Ethnography of Wall Street. Durham/London: Duke University Press.
- Hozic, Aida/True, Jacqui (Hg.) (2016): Scandalous Economics. Gender and the Politics of Financial Crisis. New York: Columbia University Press.
- Ilkcaracan, Ipek (2017): A Feminist Alternative to Austerity: The purple economy as gender-egalitarian strategy for employment generation. In: Bargawi;Hannah/Cozzi, Giovanni/Himmelweit, Susan (Hg.): Economics and Austerity in Europe. New York: Routledge, 27–39.
- Karamessini, Maria (2014): Introduction – women’s vulnerability to recession and austerity: a different crisis, a different context. In: Karamessini, Maria/Rubery, Jill (Hg.): Women and Austerity. London and New York: Routledge, 14.
- Karamessini, Maria/Rubery, Jill (2014): The Challenge of Austerity for Equality: A Consideration of eight European countries in the crisis. In: Revue de l’OFCE 2 (N° 133), 15–39.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel 1/2011, 61–81. <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Kurswechsel-1-2011-Klatzer-Schlager.pdf>, 12. 11. 2018.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2012): Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance. In: Kurswechsel 1/2012, 23–35. <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Genderdimensionen-der-neuen-EU-Economic-Governance.pdf>, 12. 11. 2018.
- Madörin, Mascha (2014): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. http://www.bioskop-forum.de/files/tagungsdokumentation_oekonomien_des_sterbens_2014_11_15.pdf, 9. 11. 2018.
- Michalitsch, Gabriele (2012): Geschlechter-Regierung in der Krise: Post-Neoliberalismus trotz Kontinuität? In: Kurswechsel 2/2012, 37–44. <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Geschlechter-Regierung-in-der-Krise.pdf>, 12. 11. 2018.
- Neckel, Sighard/Hofstätter, Lukas/Hohmann, Marco (2018): Die globale Finanzklasse. Business, Karriere, Kultur in Frankfurt und Sidney. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Nelson, Julie A. (2016): Not-So-Strong Evidence for Gender Differences in Risk Taking. In: Feminist Economics 22 (2), 114–142.

- Prügl, Elisabeth (2016): „Lehman Brothers and Sisters“: Revisiting Gender and Myth after the Financial Crisis. In: Hozic, Aida A./True, Jaqui (Hg.) Scandalous Economics. Gender and the Politics of Financial Crisis, New York/Oxford: Oxford University Press, 41–56.
- Sauer Birgit (2010): Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen. In: Kurswechsel 1, 38–46. <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Das-Geschlecht-der-Finanz-und-Wirtschaftskrise.pdf>, 12. 11. 2018.
- Smith, Mark/Villa, Paola (2014): The Long Tail of the Great Recession. Foregone Employment and Foregone Policies. In: Revue de l'OFCE, Presses de Sciences-Po, Vol. o(2), 85–119.
- Stückler, Andreas (2011): Hegemoniale Männlichkeit im Finanzmarkt Kapitalismus. In: Gender Politik Online. https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/stuecklerhegmaennlichkeit/Stueckler.pdf, 30. 10. 2018.
- Vertova (2017): Crisis, Policy Responses and Gender: The Italian Case. In: Bargawi, Hannah/Cozzi, Giovanni/Himmelweit, Susan (Hg.): Economics and Austerity in Europe. New York: Routledge, 59–75.
- Wichterich, Claudia (2013): Wider die Ökonomisierung des Lebendigen, <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Wider-die-%C3%96konomisierung.pdf>, 11. 11. 2018.
- Wieser, Christine (2017): Unter Bullen und Bären. Frauen in Führungspositionen in der Finanzwirtschaft. In: Kurswechsel 1, 38–46.
- Young, Brigitte/Schuberth, Helene (2010): The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender, Garnet Policy Brief. <https://warwick.ac.uk/fac/soc/pais/research/researchcentres/csg/garnet/policybriefs/policybriefio.pdf>, 30. 10. 2018.